

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Donnerstag, den 4. März 1886.

Nr. 106.

Deutscher Reichstag.

57. Plenarsitzung vom 3. März.

Die Tribünen und Plätze des Hauses sind mäßig besetzt.

Am Bundesrathstische: Staatssekretär des Innern Staatsminister v. Bötticher nebst Kommissarien, später Kriegsminister Bronsart von Schellendorff und Staatssekretär im Reichs-Schatzamt v. Burchard.

Präsident v. Wedell-Biesdorf eröffnet die Sitzung um 2 1/2 Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Tagesordnung:

Den ersten Gegenstand derselben bildet die Beratung der Petitionen, welche, als zur Erörterung im Plenum nicht geeignet erachtet, zur Einsicht im Bureau des Hauses niedergelegt sind. Bei dieser Gelegenheit erhebt Abg. Kayser (Sozialdem.) den Vorwurf gegen die Kommission, daß sie „Massenabschlachtungen“ von Petitionen vornehme.

Verschiedene Redner des Hauses unternehmen es, die Behauptungen des sozialdemokratischen Redners in ihrer ganzen Haltlosigkeit zu kennzeichnen und die negative Thätigkeit des selbst von seinen Fraktionsgenossen im Stiche gelassenen Abgeordneten in das richtige Licht zu stellen.

Es folgt die erste und eventuell zweite Beratung des Bundesrathesbeschlusses betr. die Aufnahme der Anlagen, in welchen aus Holz und ähnlichem Faßmaterial auf chemischem Wege Papierstoff hergestellt wird (Cellulosefabriken), in das Verzeichniß derjenigen gewerblichen Anlagen, welche nach Bestimmung des § 16 der Gewerbeordnung einer besonderen Genehmigung bedürfen; der Gegenstand wird ohne erhebliche Debatte in erster und zweiter Beratung erledigt.

Das Haus wendet sich darauf zur ersten und event. zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Befreiung eines Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat.

Nach gleichfalls mündlicher Debatte wird der Nachtragsetat an die Budget-Kommission verwiesen.

Es folgt die erste und eventuell zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Ausprägung einer Nickelmünze zu zwanzig Pfennig.

Bei dieser Gelegenheit werden verschiedene andere Punkte unseres Münzwesens, so die geringe Beliebtheit der silbernen 20-Pfennigstücke u. s. w. berührt, der Entwurf selbst jedoch wird in erster und zweiter Lesung unverändert genehmigt; eine Resolution des

Abg. Ullrich (deutschkons.) betreffend die Ausprägung von 2 1/2-Pfennigstücken wird erst bei der dritten Lesung zur Abstimmung gebracht.

Es folgen Wahlprüfungen, gelegentlich deren Abg. v. Köllner (deutschkons.) Anlaß nimmt, noch einmal den Standpunkt seiner Partei dahin zu präzisiren, daß Versammlungsverbote, wenn deren zahlenmäßige Konsequenz nicht in nachweisbarem Umfange das Resultat der Wahl tangirt, eine Ungültigkeitserklärung oder Beanstandung von Wahlen nicht veranlassen dürfen.

Der Bericht über die Wahl des Abg. Dr. Frege (deutschkons.), sowie der über die Wahl des Abg. Dr. Groß (nat.-lib.) werden an die Kommission zurückverwiesen, während die Wahlen des Abg. Hoffmann (deutschkons.) für gültig erklärt und die Entscheidung über die Gültigkeit der Wahlen der Abgg. Frhr. v. Ungern-Sternberg (deutschkons.), Dr. Meyer-Halle (deutschkons.) und Meyer-Bremen (nat.-lib.) noch ausgesetzt wurde.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr.

Tagesordnung: Erste Beratung der Branntweinmonopol-Vorlage.

Schluß 5 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

33. Plenarsitzung vom 3. März.

Das Haus und die Tribünen sind mäßig besetzt.

Am Ministertisch: Staatsminister v. Bötticher und mehrere Kommissarien.

Präsident v. Köllner eröffnet die Sitzung um 11 1/2 Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Ohne Debatte wird zunächst in dritter Beratung der Gesetzentwurf betreffend die Abänderung von Amtsgerichtsbezirken unverändert angenommen; dasselbe ist der Fall mit dem Gesetzentwurf betreffend die evangelische Kirchen-Versammlung im Bezirk des Konsistoriums zu Kassel.

Es folgt die dritte Beratung des Entwurfs einer Landgüterordnung für die Provinz Schleswig-Holstein mit Ausnahme des Kreises Herzogthum Lauenburg.

Abg. Zelle (freis.) macht erhebliche Bedenken gegen die Nothwendigkeit und Nützlichkeit des Gesetzentwurfs geltend, während

Abg. Hansen (freis.) ausführt, daß die erhobenen Bedenken hinlänglich seien, da das Gesetz nur einen fakultativen Charakter habe.

Abg. Frhr. v. Minnigerode (konserv.) schließt sich im Allgemeinen den Ausführungen des Vorredners an und bezeichnet die Aeußerungen des Abg. Zelle allein als zureichend für mobile städtische Verhältnisse, aber nicht für die feststehende Bevölkerung auf dem Lande.

Nachdem noch der Abg. Schütt (natlib.) seinen die Vorlage in der Tendenz billigenden Standpunkt klar gestellt, wird die Vorlage gegen die Stimmen der Deutsch-Freisinnigen angenommen.

Beim nächsten Punkt der Tagesordnung, Spezialetat für Handel und Gewerbe, bittet

Abg. Goldschmidt (freis.) um Befreiung verschiedener Mißstände an den Baugewerkschulen und wünscht namentlich Gehaltssteigerung für die angestellten Lehrer, worauf vom

Regierungs-Kommissar Unterstaats-Sekretär v. Möller wohlwollende Berücksichtigung zugesagt wird.

Abg. Graf v. Kanitz (kons.) bittet bei der Aufstellung der Ein- und Ausfuhrabgaben praktische Grundzüge als bisher zu beabsichtigen.

Reg.-Komm. Unterstaatssekretär Dr. v. Möller betont, daß er mit Rücksicht auf die in der beregten Angelegenheit noch nicht ganz klaren Verhältnisse augenblicklich weder mit ja noch nein antworten könne.

Abg. Rumpff (natlib.) erucht die Regierung, ihre Aufmerksamkeit den Nothständen in der Zuckerindustrie zuzuwenden.

Unterstaatssekretär Dr. v. Möller verspricht, über die vom Vorredner geschilderten Verhältnisse nähere Informationen einzuziehen.

Abg. v. Schenkendorff (natlib.) tritt mit Wärme für eine bessere Organisation des niederrheinischen Schulwesens ein und regt von Neuem die Vorlage eines Organisationsplanes für die betreffenden Schulen an.

Reg.-Komm. Unterstaatssekretär Dr. v. Möller beäuert, sich in nächster Zeit leider nicht in der Lage zu sehen, den ausgesprochenen Wünschen nachzukommen, da das technische Unterrichtswesen erst so kurze Zeit zum Etat des Handelsministeriums gehöre.

Abg. Wisman (deutschkons.) bittet um Vermehrung des Zuschusses für die Fortbildungsschulen.

Auf eine Anregung des Abg. Dr. Langerhans (freis.) stellt der Staatsminister Dr. v. Bötticher die Aufnahme einer Subventionssumme für die Berliner Handwerkerschule in den nächsten jährigen Etat in Aussicht.

Im Verlaufe der weiteren Verhandlung erklärt der Vertreter der Regierung gegenüber verschiedenen von Mitgliedern des Hauses geäußerten Wünschen, daß die Regierung geneigt sei, den Kommunen die erbetenen Subventionen zur Förderung des technischen Unterrichts-Schulwesens zu gewähren.

Ein Antrag der Abgg. Imwalle und Dr. Lieber (beide Zentrum), den Titel 3 der einmaligen Ausgaben betreffend „Ueberrahme des Loosienwesens der Stadt Stralsund auf den Staat, insbesondere zur Herstellung von 6 Loosienwohnungen und eines Wachthauses zu Barth, sowie zur Beschaffung der Loosienboote“ zu streichen, wird von dem ersten Antragsteller befürwortet.

Minister v. Bötticher: Ich würde mir bei Verteidigung dieses Titels, da ich Abgeordneter für Stralsund bin, eine Reserve auferlegen müssen; wenn ich mich nicht völlig frei wüßte von einer Vorliebe für Stralsund auf Kosten des Staatsinteresses. Es ist zweifellos, daß wenn wir erst den Nord-Deister-Kanal haben, der Verkehr

im Fahrwasser von Stralsund ein sehr großer werden wird, wenn für ein gutes Loosienwesen gesorgt wird. Es liegt eine Besserung des Loosienwesens im Interesse des Staates — die Stadt Stralsund hat sich, und meiner Meinung nach mit Recht, bisher stets geweigert, ihr Loosienwesen auf den von der Regierung geforderten Stand zu bringen. Für Stralsund selbst bringt eine Verbesserung des Loosienwesens keinen Vortheil, da der Verkehr bei Stralsund selbst nicht groß ist. Ich empfehle Ihnen daher die Annahme dieses Titels, der im Interesse des Staates notwendig ist.

Abg. Stengel (freis.) bekräftigt die Forderung.

Abg. v. Eynern (nat.-lib.) wünscht dagegen, daß die Verhandlungen mit der Stadt Stralsund fortgesetzt werden, und erklärt sich für den Antrag Imwalle. Durch Genehmigung der Forderung würde man der Stadt Stralsund nur Lasten abnehmen.

Unterstaatssekretär v. Möller bestreitet Letzteres. Die Stadt Stralsund habe bisher für das Loosienwesen nichts bezahlt. Im vorliegenden Falle sei Gelegenheit gegeben, den Brunnen auszuheben, bevor das Kind hineingefallen ist. Das jetzige Verhältniß sei unhaltbar, was auch durch eine Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts anerkannt sei.

Abg. Schmidt-Stettin (deutschkons.) bittet, die Forderung sans phrase zu bewilligen.

Abg. Dr. Lieber (Zentr.) wendet sich gegen die Bewilligung. Staatsminister v. Bötticher habe selbst gesagt, die Frage werde erst eine breitere werden, wenn der Norddeister-Kanal fertig gestellt worden. Der von ihm und dem Abg. Imwalle gestellte Antrag wolle die Bewilligung nur hinauschieben, bis die Nothwendigkeit dafür eingetreten sei.

Unterstaatssekretär v. Möller entgegnet, daß die zahlreichen Seeunfälle in Folge mangelhaften Loosienwesens schon heute ein Eingreifen des Staats erforderlich machen.

Nachdem noch Abg. Schreiber-Marburg für die Forderung eingetreten, wird dieselbe gegen die Stimmen des Zentrums und des Abg. von Eynern angenommen.

Die übrigen einmaligen Einnahmen finden debattelose Annahme.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr.

Tagesordnung: Kreis- und Provinzialordnung für Westfalen.

Schluß 3 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 4. März. Zur „Aufgabe der deutschen Flotte in der Südsee“ schreibt die „A. Z.“: Es wird nicht leicht einer europäischen Macht einfallen, den deutschen Interessen in der Südsee selbst entgegenzutreten: Kriege um diese Gebiete werden immer in Europa selbst ausgefochten werden. Ebenso wenig droht den deutschen Interessen von Seiten der australischen Kolonien eine Gefahr. Die Feindseligkeiten und Gefahren vielmehr, welche den deutschen Niederlassungen in jenen Gebieten von Zeit zu Zeit drohen und welche eine Entfaltung deutscher Macht zur unerlässlichen Bedingung machen, sind das an Freiheitskämpfen streifende Verfahren englischer Abenteurer und nicht zu übersehender Handelsagenten und die durch dieselben aufgereizten Eingebornen selbst. Zur Veranschaulichung dieser Verhältnisse mögen hier einige Vorkommnisse Platz finden, welche jederzeit Gegenstand direkter Konsulateverträge und eines Despatcheswechsels zwischen Berlin und London bildeten.

Im Mai dieses Jahres beginnt in den Südsee-Inseln die Saison für die sogenannte Anwerbung schwarzer Arbeiter oder vielmehr für den Sklavenhandel. Dieser Handel wird von Queensland und den Südsee-Inseln aus durch sogenannte Arbeiterschiffe betrieben, welche ein Regierungs-Agent begleitet und welche, den bestehenden Gesetzen nach, nur solche Eingeborne anwerben dürfen, die sich freiwillig verdingen. Diese Gesetze werden einfach umgangen. Es ist den Regierungsagenten unmöglich, ihre Ausführung zu überwachen, weil die Stämme auf den Inselgruppen der Südsee in ihren Sprachen und Mundarten so verschieden sind, daß auf allen Stationen nur

durch schwarze Dolmetscher verhandelt werden kann, welche ihrerseits dem Regierungsagenten die vorgelegten Fragen im Sinne und nach der Vorschrift des Schiffsführers beantworten. Die Häuptlinge der Stämme verkaufen einfach ihre Stammesgenossen gegen Feuerwaffen, und die so erworbenen Arbeiter werden in Queensland, dem Schiffsgegnen mit etwa 22 Pfd. Sterl. bezahlt, wovon der Schiffsführer 1 Pfund Sterl., der Steuermann etwa 10 Schilling für jeden „Angeworbenen“ erhält.

Als Illustration zu dem gewaltigen Auftreten der Mannschafft dieser Arbeiterchiffe und der dadurch hervorgerufenen Störungen im friedlichen Verkehr und legitimen Handel mit den Eingebornen führt der Konsul von Neu-England, 190 Kilometer von Brisbane) kommenden Schoner „Stanley“, Kapitän Davis, auf den Laughlan-Inseln eine deutsche Faktorei vollkommen zerstört und in Brand gesteckt, weil der deutsche Agent dem Häuptling gerathen hatte, seine Leute nicht zu verkaufen. Der Regierungsagent selbst theilte dem Konsul später mit, er habe Befehl zur Zerstörung der Faktorei gegeben, um dem Agenten zu zeigen, „daß mit Queenslandern Arbeiterschiffe nicht zu spielen sei“.

Der zweite Fall ereignete sich auf Neu-Britannien, kaum 6—7 Kilometer vom Ufer des deutschen Konsuls, in Matupi. Infolge eines Streites mit der Mannschafft eines Arbeiterchiffes griffen die Eingebornen zu den Waffen und zwangen auch den Agenten einer deutschen Faktorei (Deutsche Handels- und Plantagen-Gesellschaft), seine Niederlassung zu räumen. In einem dritten Falle wurden auf Unsa, nördlich von Neu-Irland, eine deutsche Station und ein Hamburger Schoner von Eingebornen zerstört, mehrere Europäer ermordet. — Es sind dies nur einzelne Beispiele häufiger Vorkommnisse.

Die zur Verhütung solcher und ähnlicher Fälle und zum Schutze der deutschen Niederlassungen und des deutschen Handels in der Südsee und zumal in den deutschen Gebieten daselbst entfalteten Nachmittels sind ungenügend und unzuverlässig. Für gewöhnlich sind daselbst stationirt zwei deutsche Kriegschiffe, im letzten Jahre die Korvette „Marie“ und der Kreuzer „Albatros“. Bei den bedeutenden Entfernungen und dem weiten Umfang der deutschen Schutzgebiete jedoch ist es diesen Schiffen nur möglich, vielleicht alle vier bis sechs Monate einmal denselben Platz zu besuchen.

Um aber die deutschen Niederlassungen und Interessen völlig zu sichern, die kriegerischen Eingebornen auf die Dauer zur Ruhe zu bringen, mit einem Worte, um die besetzten Gebiete nun auch wirklich in Besitz zu halten, bedarf Deutschland einer ganz andern Art von Fahrzeugen. Es erscheint als unabwiesbare Nothwendigkeit, daß das deutsche Reich an drei Punkten in der Südsee, nämlich auf den Marshall-, Samoa- und Bismarck-Inselgruppen, drei Schiffe stationirt, welche unausgesetzt ihr Gebiet besetzen und damit eine Art von fortgesetzter Ueberwachung ausüben. Diese Schiffe, von einem Gehalt von etwa 1000 Tons, brauchen nur eine Besatzung von etwa fünfzig Mann, ganz leichte Landungsgefahrte mit höchstens einem Geschütz schwerer Kalibers, einem geringen Tiefgang; im Uebrigen müssen sie von gewöhnlichen Handelschiffen nicht abweichen, ja, es würden für den bezeichneten Zweck gecharterte Handelsdampfer vollkommen genügen. Im Gegensatz dazu würde dann aber ein schweres Kriegsschiff auf der australischen Station ausreichen.

Endlich haben wir einer andern Aufgabe der deutschen Marine in den deutschen Schutzgebieten, einer Ehrenaufgabe, zu erwähnen. Mit dem Augenblicke, wo Deutschland seine Oberhoheit über die betreffenden Südsee-Gebiete übernimmt, es auch die unabwiesbare Pflicht übernimmt, die Meeresstraße und Verkehrsstraßen daselbst zu vermessern. England hat die ganze Welt vermessert, Deutschland darf in seinen eigenen Gebieten nicht zurückbleiben, die schweren Schären, welche deutsche Kriegsschiffe durch die außerordentlich ungünstigen und schwierigen Schiffsfahrtsverhältnisse daselbst und durch den Umstand, daß die Fahrstraßen fast gänzlich unerforscht sind, in der Südsee davon-

getragu haben, mahnen laut genug an diese Aufgabe, und die Stationierung der oben erwahnten Fahrzeuge wurde diesem Zwecke einen wesentlichen Vorshub leisten.

Bei dem parlamentarischen Diner, welches Fürst Bismarck gestern gegeben, zählten die Gäste in ihrer Mehrheit zu den Anhängern der Doppelwährung. Demgemäß kam auch das Gespräch auf das in letzter Zeit vielfach erörterte Thema und nahm einen recht lebhaften Charakter an. Fürst Bismarck gab die Erklärung ab, daß an eine Aenderung des Währungs-Systems für Deutschland zur Zeit absolut nicht zu denken sei. Er gab zu, daß die ganze Materie ihm ziemlich fern liege, daß er sie noch nicht approfondirt habe. Doch sei er der Belehrung zugänglich. Könne man ihm den bündigen und überzeugenden Beweis erbringen, daß die Einführung der Doppelwährung eine Preissteigerung für die landwirthschaftlichen Produkte zur Folge haben würde, so sei er bereit, der Angelegenheit näher zu treten. Freiherr von Mirbach, einer der Gäste des Reichsanzlers und Führer der extrem agrarischen Bimetallisten-Partei, machte sich stark, den geforderten Beweis zu erbringen. — Im agrarisch-bimetallistischen Lager giebt man vor, außerordentliche Freude über diese in das Reich der Möglichkeit gedrückte Belehrung des Reichsanzlers zu empfinden. Ob diese Freude ganz echt ist, bleibe dahingestellt. Die Bimetallisten wissen recht gut, daß der von ihnen verlangte Beweis über die Einwirkung der Doppelwährung speziell auf die Preise der landwirthschaftlichen Produkte nur in einer für den bereits überzeugten überzeugenden Form erbracht werden kann. Sie haben auch schon eine Idee davon, als ob sie nur bei guter Laune erhalten werden sollten, denn die erstwähnten Worte des Fürsten Bismarck lauteten ganz apodiktisch, was die gegenwärtige Ausschließlichkeit der Bimetallistischen Bewegung betraf — während der Hinweis auf die Zukunft doch ein stark verlausulirter wäre.

Die „Verl. Pol. Nachr.“ berichten über das parlamentarische Diner:

Zu dem vorgestrigen parlamentarischen Diner bei dem Reichsanzler Fürsten Bismarck waren, wie schon erwähnt, mit dem Präsidium des Reichstages vorzugsweise Mitglieder der Reichsvertretung und nur eine kleinere Anzahl Mitglieder des preussischen Abgeordnetenhauses geladen. Fürst Bismarck machte bei und nach Tisch in der lebenswürdigsten Weise die Honneurs, auch bei dem köstlichen Nachmittagsgespräch, das neben anderen wiederum mehrfach die brennenden politischen Fragen streifte. Es wurde u. A. auch die Rede, welche Bischof Kopp in der Sitzung des Herrenhauses vom 27. v. M. hielt, und die Angriffe, welche die kleine liberale Presse aus diesem Anlaß gegen den Bischof gerichtet hat, erwähnt. Fürst Bismarck bemerkte, daß man sich „von Ansehnungen der bezeichneten Art nicht bezeichnen Art nicht bezeichnen Art nicht bezeichnen“ während der Hinweis auf die Zukunft doch ein stark verlausulirter wäre.

— Zum Generalsuperintendenten in Posen ist an Stelle des zurückgetretenen D. Geh. der Konfistorialrath D. Hase, Militär-Oberpfarrer in Königsberg i. Pr., ein Sohn des freikinnigen Jenerser Theologen, auserschen.

— Zum Bischof von Mainz soll der hochbetagte Defan Brentano in Heldenberg bei Stiefen auserschen sein. Die Nachricht klingt nicht wahrscheinlich.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 4. März. Vor dem Obergericht in Berlin gelangte gestern die Klage der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung gegen den Magistrat wegen Nichtabsendung der von den Stadtverordneten am 23. Januar v. J. beschlossenen, an den Reichstag gerichteten Petition gegen die Getreidezölle in zweiter Instanz zur Verhandlung. Wie der „Offiz.-Ztg.“ ein Privattelegramm aus Berlin berichtet, beantragte in dem gestrigen Termine der Vertreter der Staatsregierung, Geh. Regierungsrath Halbey, die von der Stadtverordneten-Versammlung gegen das die Klage abweisende Erkenntnis des hiesigen Bezirks-Ausschusses eingelegte Berufung zu verwerfen. Die Entscheidung des Obergerichtes wurde ausgesetzt. Ueber die Verhandlungen vor dem Obergericht erhält die „N. St. Ztg.“ folgenden Bericht:

Der von dem Minister des Innern deputirte Kommissar zur Wahrnehmung des öffentlichen

Interesses, Geheim-Regierungsrath Halbey, führte aus: Es kann zweifelhaft sein, inwieweit eine Gemeinde bezw. Gemeindevertretung berechtigt ist, behufs Wahrung des Interesses der Gemeinde von ihrem Petitionsrechte in Beziehung auf Zollinteressen Gebrauch zu machen. Die Staatsregierung hat die Einreichung von Petitionen an die Staatsregierung und den Reichstag bezüglich der Wirtschaft- oder Zollpolitik des Reichs in Beziehung auf die besonderen Interessen einer Gemeinde nicht beanstandet, die Stadtverordneten-Versammlung zu Stettin hat aber bei der Abfassung der qu. Petition die den Gemeinden hinsichtlich ihres Petitionsrechts gezogenen Grenzen überschritten. Jede Behörde des Staats ist verpflichtet, sich innerhalb der durch die Verfassung und Geseze gezogenen Grenzen, also auch innerhalb der Grenzen des Petitionsrechts zu bewegen. Die Petition betrifft eine Angelegenheit, die zur Kompetenz des Reichs gehört, die preussische Verfassungs-Urkunde ist aber für Reichsangelegenheiten nicht maßgebend und die Reichsverfassung hat absichtlich die Grundrechte nicht aufgenommen. Nach Art. 23 der deutschen Reichsverfassung ist der Reichstag berechtigt, an ihn gerichtete Petitionen dem Bundesrathe und Reichsanzler zu überweisen, hieraus geht aber hervor, daß Petitionen an den Reichstag an sich nicht unzulässig sind. Die Staats Regierung hält das Petitionsrecht der Gemeinden sehr hoch, dasselbe ist aber ein uneingeschränktes, sich auf allgemeine politische Angelegenheiten beziehendes Recht keineswegs. Die Rechtslehrer sind nicht darüber einig, wie weit das Petitionsrecht der Gemeinden geht. Eine Petition ist in rechtlicher Beziehung eine Willensmeinung, insofern man durch dieselbe ein bestimmtes Ziel erreichen will, eine Petition fällt aber auch unter den Begriff einer Manifestation. Zu einer Petition als Willensäußerung muß der Petent zu letzteren berechtigt sein. Ein Individuum übt das Petitionsrecht uneingeschränkt aus, eine Behörde kann dies nur ausüben innerhalb ihrer Rechtsphäre, innerhalb der Verfassung und der Geseze, und darf nicht übergreifen in die Funktionen des Staates. Den Gemeinden steht ein uneingeschränktes Petitionsrecht nicht zu. Nach der preussischen Staatsverfassung haben die Gemeinden nur über die inneren und besonderen Angelegenheiten der Gemeinde zu beschließen, dieselbe räumt aber den Gemeinden nicht die Befugnis ein, über allgemeine Staatsangelegenheiten zu beschließen. Hiernach deden sich Artikel 32 der Verfassungs-Urkunde und § 35 der Städte-Ordnung. Die Klägerin ist zur Beschließung einer Petition zur Wahrung des materiellen Interesses der Gemeinde Stettin innerhalb ihres Wirkungsfreises befugt, dagegen nicht befugt, bezüglich der Einführung der Zölle im Allgemeinen zu petitioniren. Die qu. Petition stellt sich nach Form und Inhalt zum Theil als tendenziös dar und überschreitet den Wirkungsfreis der Klägerin. Nach längerer Berathung verkündete der Gerichtshof die oben bereits mitgetheilte Entscheidung.

Der Vorstand der hiesigen Permanenten Gewerbe- und Industrie-Ausstellung hat beschlossen, eine womöglich jährlich wiederkehrende Verlosung in Verbindung mit dieser Ausstellung zu veranstalten. Es ist gegründete Aussicht vorhanden, die Genehmigung der zuständigen Behörde zu erlangen. Beabsichtigt wird, 20,000 Loose zu 1 Mark auszugeben. Der ganze Betrag, nach Abzug der direkten Unkosten, soll verwendet werden zum Anlauf von hervorragenden Gegenständen des Gewerbes und der Industrie, welche zur Ausstellung eingeliefert worden sind. Ueber den Anlauf beschließt eine zu diesem Zweck zu wählende Kommission. Berücksichtigt sollen in erster Linie werden alle in Stettin oder Pommern erzeugte Gegenstände, in zweiter Linie solche deutsche Fabrikate, welche von hiesigen Händlern ausgeführt sind. Die Verlosung soll im Herbst jedes Jahres stattfinden. Neuheit der Erfindung und gute Arbeit bei billigem Preise sollen für die Auswahl maßgebend sein. Der Vorstand hofft, durch diese Einrichtung den heimischen Gewerbestreben zu beleben und zur Beschädigung der Ausstellung neue Anregung zu geben. Die Polytechnische Gesellschaft hat sich mit dem Projekt einverstanden erklärt. An neuen Ausstellungsgegenständen sind in den letzten Tagen hinzugekommen: Von Herrn Hoflieferant A. Loepfer eine vollständige Rücherrüche, von dem Schlossermeister Herrn Prgebiatowolsky ein Modell zu einer liegenden Dampfmaschine mit stehendem Kessel und von Herrn Schneidermeister G. Flügel hier eine Kollektion Wellenbaugegenstände nach dem Jägerschen Wellregime. Das von dem „Vulkan“ ausgestellte gewesene Modell zu einem Panzerschiffe eigener Konstruktion ist vor einigen Tagen zurückgenommen, da, wie uns mitgetheilt wird, die Direktoren des „Vulkan“ beabsichtigt, dasselbe nach China zu senden.

Landgericht. — Strafkammer 1. — Sitzung vom 4. März. — Am 3. August v. Js. wurde der Arbeiter Franz Radtke, welcher am nächsten Tage mit dem Dampfer „Martha“ nach Amerika auswandern wollte, von zwei Bauernfängern nach dem Bigrasfischen Kellerlokal, Pölperstraße 4, verschleppt und ihm dort ca. 60 Mark im „Kümmelblättchen“ abgenommen. Durch die sofort eingeleiteten Recherchen gelang es, einen der Bauernfänger in der Person des bereits mehrfach wegen gewerbmäßigen Glücksspiels vorbestraften Bädgersellen Karl Wittenberg zu ermitteln und gestand derselbe, daß sein Genosse bei der Ausplünderung des Radtke ein Bädgerselle Ed. Julius Linde als Bauern-

fänger bekannt und er auch schon mehrfach wegen gewerbmäßigen Glücksspiels vorbestraft ist, wurde gegen denselben ein Steckbrief erlassen und Wittenberg inzwischen abgeurtheilt und gegen ihn auf 1 Jahr 9 Monate Gefängnis und 2 Jahre Ehrverlust erkannt. Vor einiger Zeit gelang auch die Festnahme des Linde, doch bestritt derselbe entschieden, bei der That theilhaftig gewesen zu sein. Auch die Personen, welche s. Z. dem Spiel der drei Männer in dem Bigrasfischen Lokal zusahen, konnten in dem ihnen vorgestellten Linde nicht mit Bestimmtheit einen Theilnehmer an dem Spiel widererkennen, erst nachdem das Aussehen des Linde durch Verabreichung von kräftiger Nahrung etwas aufgebeffert war, fanden die Zeugen eine große Aehnlichkeit mit dem gesuchten Bauernfänger. Heute hatte sich Linde wegen gewerbmäßigen Glücksspiels zu verantworten, doch blieb er bei seinem Leugnen und auch die sämtlichen geladenen Zeugen waren nicht im Stande, den Angeklagten mit Bestimmtheit als einen der Männer wiederzuerkennen, welche s. Z. den Radtke überführt hatten und es wäre kaum zu einer Verurtheilung desselben gekommen, wenn sich nicht noch während der Berathung des Gerichtshofes ein Moment ergeben hätte, welcher zur Ueberführung des Angeklagten führen mußte. Wittenberg gestand zu, daß er mit Linde, welcher bei der That theilhaftig war, noch im August v. Js. nach Spandau gewandert sei, daß derselbe aber dort Aufnahme im Krankenhause suchen mußte. Der heute angeklagte Linde mußte zugeben, daß auch er zu derselben Zeit nach Spandau gereist und wegen Krankheit 3 Wochen im dortigen Krankenhause zubringen mußte. Obwohl hiernach der Gerichtshof im Ganzen von der Identität des Angeklagten mit dem Bauernfänger überzeugt war, beschloß er doch, die Sache nochmals zu vertragen und zur vollständigen Ueberführung des Angeklagten denselben photographiren zu lassen und unter Vorlegung dieser Bilder den jetzt in Amerika wohnhaften Arbeiter Radtke, welchem seiner Zeit die 60 Mark abgeschrieben sind, kommissarisch vernehmen zu lassen. Da diese Vernehmung auf diplomatischem Wege erfolgen muß und dies längere Zeit erfordert, wird Linde noch mehrere Monate in Untersuchungshaft verbleiben müssen, ohne jedoch seine Sache hierdurch in irgend einer Weise zu bessern.

In vergangener Nacht fand der Revierwächter die Thür an dem Eiserfischen Laden Warsowstraße 6 geöffnet, er weckte die Geschäftsinhaberin und wurde festgestellt, daß der Laden erbrochen und die Ladentasse mit ca. 8 Mark Inhalt und 100 Zigarren gestohlen waren.

In der Nacht vom 2./3. v. M. wurde von dem am Bollwerk hinter dem Garnison-Lazareth liegenden Kahn des Schiffers Fischbein aus Zingst die ca. 30 - 35 Meter lange Hipseine am Großmast und die ca. 28 Meter lange Hipseine am Hintermast abge schnitten und gestohlen.

Am 1. d. Mts. balgte sich in einem Schanklokal der Grenzstraße der Schmied Karl Haack mit einem andern Mann herum und fiel dabei so unglücklich zu Boden, daß er einen Bruch des rechten Unterschenkels erlitt.

Stettin, 4. März. In Bezug auf die Bestimmung des § 24 der Reichskonkurrenzordnung, nach welcher Rechtsbandlungen, welche der Gemeinshuldner in der dem anderen Theile bekannten Absicht, seine Gläubiger zu benachtheiligen, vorgenommen hat, anfechtbar sind, hat das Reichsgericht, 3. Zivilsenat, durch Urtheil vom 17. November v. J. ausgeprochen: Die von dem Geseze vorausgesetzte fraudulöse Absicht des Schuldners ist vorhanden, wenn der Schuldner bei Vornahme der Handlung ihres die Gläubiger benachtheiligenden Erfolges sich bewußt war; daß der Gemeinshuldner zur Zeit der Vornahme der Handlung schon insolvent war, ist nicht erforderlich.

Aus den Provinzen.

Stralsund. Der Kreisverband der Turnvereine der Provinz Pommern beabsichtigt, in diesem Jahre sein großes Kreisturnfest in unserer Stadt abzuhalten. Seit dem Jahre 1864 hat diese größere Festversammlung in Stralsund nicht stattgefunden. Von sämtlichen Turn-Vereinen Pommerns werden Abgeordnete, manche Vereine auch fast vollständig erscheinen; außerdem steht zu erwarten, daß zahlreiche Schaulustige aus unserer näheren oder weiteren Umgegend wenigstens für den Hauptfesttag nach Stralsund kommen werden, so daß ein Zusammenströmen von Tausenden von Menschen voraussichtlich an diesem Tage stattfinden wird. Die Vorbereitungen zu einer würdigen, unserer Stadt angemessenen Feier haben seitens des hiesigen Turnvereins bereits begonnen, indem ein Festausschuß gewählt ist, der die Grundlinien für den Verlauf des Festes auch schon festgestellt hat. Zur wahrhaft befriedigenden Gestaltung wird jedoch eine Theilnahme unserer Einwohnerschaft notwendig sein, die weit über den immerhin nur kleinen Kreis der Mitglieder unserer hiesigen Männerturnvereins hinausgeht. Als Zeit für die Zusammenkunft der pommerschen Turner ist vorläufig der 25. Juli (Tag nach Walenstein) in Aussicht genommen.

Bermischte Nachrichten.

Dtto von Corvin-Wiersziki ist in der vergangenen Nacht in Wiesbaden gestorben. Corvin war eine der bemerkenswertheften und selbstsamsten Erscheinungen. Als Sohn eines Postdirektors in Gumbinnen 1812 geboren, also in einer Zeit, als die Franzosen noch auf deutschem Boden standen, wurde er für die militärische Karriere bestimmt, besuchte

die Kadettenhäuser in Potsdam und Berlin und diente von 1830—35 als Lieutenant in Mainz. Hier wurde er mit Sallet befreundet; zu jener Zeit erschien es ihm fernernhin unvereinbar mit seinen politischen Ansichten, in der Armee weiter zu dienen. Er nahm seinen Abschied und ließ sich in Leipzig nieder, wo er seine schriftstellerische Thätigkeit begann. Entscheidend für sein Eingreifen in die sich anbahnenden politischen Umwälzungen ward seine Bekanntschaft mit Herwegh. An dessen Seite nahm er an dem Aufstande in Baden Theil. Dann kam er nach Berlin, wurde aber 1849 ausgewiesen. Er ging zurück nach Baden, wurde zunächst Oberst der Bürgerwehr in Mannheim, welches er bis nach der Schlacht bei Waghäusel vertheidigte, leitete dann die Vertheidigung Nassaus bis zur Uebergabe. Im September wurde er standrechtlich zum Tode verurtheilt, aber zu 6 Jahren Einzelhaft begnadigt, die er in Bruchsal bis 1855 verbüßte. Nun ging er nach London und beim Ausbruche des amerikanischen Bürgerkrieges nach Amerika. Als Oberst eines deutschen Regiments hat er sich dort ausgezeichnet und erhielt als Belohnung Anstellung in verschiedenen Ministerien. Im Jahre 1867 lehrte er als Spezial-Korrespondent der „Newport-Times“ von Amerika nach Deutschland zurück, nahm auch als Kriegs-Korrespondent an dem Feldzug 1870—71 Theil. Seither ist er nur schriftstellerisch thätig gewesen. Als Schriftsteller war er überaus fruchtbar und rücksichtslos. In seinen an auswärtige Zeitungen gerichteten Korrespondenzen der letzten Jahre gab sich eine gewisse Bitterkeit gegen Deutschland kund.

Kunst und Literatur.

Ein deutsches Land in Gefahr. Zustände und Vorgänge in Liv-, Est- und Kurland. Berlin bei A. Deubner.

Es ist wahrhaft empörend, in welcher Weise die Russen jetzt die Deutschen befeinden, denen sie doch allein ihre Anfänge in der Kultur verdanken und welche in dem großen russischen Reich noch fast die einzigen gefunden Elemente darstellen. Wer die Art kennen lernen will, in welcher die Russen systematisch den Deutschen die Lebensadern unterbinden, dem können wir dies Buch empfehlen.

[61]

Der juristische Verlag von J. Guttenberg (D. Collin) in Berlin und Leipzig hat sieben in der beliebtesten handlichen Ausgabe der „Deutschen Reichsgesetzgebung“, Text-Ausgabe mit Anmerkungen veröffentlicht:

Das deutsche Reichsgesetz über die Reichsstempelabgaben in der Fassung des Gesezes vom 29. Mai 1885 mit den Ausführungsbestimmungen und späteren Beschläßen des Bundesraths, den Motiven und Reichstagsverhandlungen, Verfügungen des kaiserlich preussischen Finanz-Ministeriums und Entscheidungen des Reichsgerichts, sowie einem Anhange, enthaltend Tabellen zur Berechnung der Reichsstempelabgaben. Text-Ausgabe mit Anmerkungen und Registern von B. Gaupp, Geh. Regierungsrath und Stempel-fiskal in Berlin. Dritte, umgearbeitete und vermehrte Auflage. Taschenformat, kartonirt 1 Mk. 50 Pf.

Konkursordnung mit Einföhrungsgesetz, Nebengesetzen und Ergänzungen. Text-Ausgabe mit Anmerkungen und Sachregister von A. Sydow. Dritte vermehrte Auflage. Taschenformat, kart. 80 Pf.

Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884 und Gesez über die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung vom 28. Mai 1885. Text-Ausgabe mit Anmerkungen und Sachregister von E. v. Weidte, kaiserl. Geh. Regierungsrath, vortragender Rath im Reichsamt des Innern. Zweite vermehrte Aufl. Taschenformat, kart. 1 Mk. 60 Pf.

Die Guttenberg'sche Sammlung ist bereits auf 26 Bändchen angewachsen; den Käufern gewähren diese Ausgaben dadurch den großen Vortheil, daß ihnen — ungeachtet der jetzt so häufigen Veränderungen der Gesezgebung die Geseze stets in der zur Zeit geltenden Fassung geboten werden.

[69—71]

Verantwortlicher Redakteur: B. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 3. März. (B. B. C.) Der „W. N. Z.“ wird aus Krakau gemeldet: Der Kassationshof hat das Urtheil der Krakauer Jury betreffs der des rituellen Mordes angeklagten Eheleute Ritter verworfen und deren Freilassung angeordnet.

London, 3. März. Die sozialistischen Führer Hyndmann und Genossen sind von dem Polizeigericht vor die Rissen verwiesen und gegen Kaution auf freiem Fuß belassen worden.

Sofia, 3. März. Anlaßlich der Unterzeichnung des Friedensvertrages wurde in der hiesigen Kathedrale ein feierliches Tebeum abgehalten. In einer Proclamation dankt der Fürst dem Volke auf beiden Seiten des Balkans ohne Unterschied der Nationalität für seine Liebe zum Vaterlande und für die von ihm gebrachten Opfer in den Tagen der Gefahr; er erinnert die Nation an die ihr von dem Sultan erwiesene Wohlthat, indem dieser das der Regierung des Fürsten anvertraute Gebiet vergrößert habe, und spricht die Hoffnung aus, daß das Volk stets seiner Vergangenheit würdig bleibe. Gleichzeitig fand hiersebst eine religiöse Feler zur Erinnerung an den heute vor acht Jahren erfolgten Abschluß des Vertrages von San Stefano statt.

87

Stotterer
Am 1. April verlege ich meine Anstalt
von Burgsteinfurt nach Eisenach. Th.
(Villa Hainstein.) Rudolf Denhardt.

1—2 Knaben, welche das hiesige Gymnasium be-
sorgen, finden freundliche Aufnahme, sowie Beaufsichtigung
der Schularbeiten Stettin, Oberwiel 78, II, bei Ore-
f. Schnell

**Die Stellensuche jeden Berufs pl
Heuter's Bureau
in Dresden, Reichenbergstraße**

Agenten-Gesuch.

Ein größeres Institut in Berlin sucht für
Betrieb von gesetzlich gestatteten Staats-Prämien-Lo-
gegen monatliche Theilzahlungen geeignete Agenten g
Provision und Stum.

Meldungen unter **J. H. 8038** durch **Hud-
Hesse, Berlin SW.**

Eine in Erler anässige, gut eingeführte

Agentur-Firma

mit feinsten Referenzen, welche regelmäßig meh-
Male im Jahre Rheinprovinz, Westfalen, Sa-
burg, Lotharingen, Nord-Rhein, bayer. Wals, Bader
und Hessen bereisen läßt, sucht noch Betretren
erster Häuser gleichviel welcher Branche, für den ge-
annegebenen Bezirk oder einzelne Abschnitte desselben.
Geht Oberzie, jedoch nur erster und leistungsfäh
Firmen erbeten unter **H. 1498** an **Hud-
Hesse in Köln.**

Ein großes Institut hat

5 bis 4 pCt. Zinsen, mit oder ohne Amortisati-

Capitalien auf Hypothek

jeder Höhe sofort oder später anzuleihen. Ber-
verbeten. Anmeldungen unter **G. H. 100**
Expedition dieses Blattes, Reichplatz 8.